

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Elmar Altvater **3** Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus
- Norbert Olah, Thomas Huth, Dirk Löhr **13** Geldpolitik mit optimaler Zinsstruktur
- Ferdinand Wenzlaff **23** Vorschlag für ein Paradigma einer Kreditgeldwirtschaft und neuen Kredit- und Geldpolitik
- Helmut Creutz **30** Negativzinsen erfordern eine Geldumlaufsicherung
- Thomas Betz **38** Keynes' Bancor-Plan reloaded
- Fabian Thiel **50** Land, Energie und Klima – Geosphären als Gemeinschaftsgüter im Sinne von Elinor Ostrom und Peter Barnes?
- Fritz Andres **62** Nach der Klimakonferenz von Kopenhagen
- 65** Bücher – Bericht – Personalie Veranstaltungen

Herausgeber: Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Verlag: Gauke GmbH – Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel
Telefon: 0431-6793650 | Telefax: 0431-6793651
eMail: versand@gauke.de
www.gauke.net | www.sozialoekonomie.de

Jahresabonnement

(4 Folgen, derzeit 2 Doppelfolgen jährlich):
20,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Ermäßigtes Jahresabonnement:

Schüler, Auszubildende, Studenten & Erwerbslose
bei entsprechendem Nachweis
15,00 EURO incl. MWSt. und Porto.

Abonnements verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht bis 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums gekündigt werden.

Zahlungen stets erst nach Erhalt einer Rechnung!

Einzelhefte:

Alle lieferbaren Einzelhefte finden Sie im SOZIALÖKONOMIE-SHOP [www.sozialoekonomie.de].

Die Preise liegen zwischen 2,00 und 5,00 EURO. Für größere Abnahmemengen gibt es Staffelpreise.

Redaktion: Dipl. Ökonom Werner Onken
— verantwortlich —
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Telefon: 0441 - 36 111 797 [AB]
eMail: onken@sozialoekonomie.info

Redaktionsschluss: Ende Februar bzw. Ende August für die jeweils im April bzw. Oktober erscheinenden Doppelhefte.

Gewinnabsichten sind mit der Herausgabe nicht verbunden.

Die Zeitschrift dient dem Meinungsaustausch über gesellschaftliche und wirtschaftliche Zeitfragen.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren selbst verantwortlich.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlages.

Für unverlangte Manuskripteinsendungen wird keine Haftung übernommen.

Die Texte in unserer Zeitschrift sind hinsichtlich der Rechtschreibung leider vorläufig noch genauso unterschiedlich wie die derzeitige diesbezügliche Situation im deutschsprachigen Raum. Wir bitten Sie um Verständnis dafür.

© Copyright by
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e. V.,
Hamburg
Printed in Germany

"Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung"

1. Vorsitzender: Ass. jur. Fritz Andres
Dhaunerstr. 180, 55606 Kirn
Telefon/Telefax: 0 67 52-24 27
eMail: fritz.andres@gmx.de

2. Vorsitzender: Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin

Die "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" wurde 1973 als "Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit" gegründet und erhielt 1997 ihren jetzigen Namen. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und wurde vom Hamburger Senat als gemeinnützig anerkannt.

§ 2 ihrer Satzung lautet: "Die Stiftung fördert die Wissenschaft auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in bezug auf das überkommene Geldwesen und ein modernes Bodenrecht. Sie verbreitet die Ergebnisse ihrer Forschung durch Wort und Schrift. Sie unterstützt gleichgerichtete, als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen."



"Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V."

1. Vorsitzender: Prof. Dr. Dirk Löhner

2. Vorsitzender und Geschäftsführer:
Dipl.-Volkswirt Ass. jur. Jörg Gude

Geschäftsstelle:
Wiedel 13, 48565 Steinfurt
eMail: joerggude@aol.com

www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Erkenntnisgewinn wird bislang noch vielfach durch mächtige Gruppeninteressen und in zunehmendem Maße auch durch rechts- und linksextremistische Ideologien fehlgeleitet. Im Gegensatz dazu hat sich die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft das Ziel gesetzt, ordnungspolitische Grundlagen für eine sozial- und umweltverträgliche Marktwirtschaft sowie für eine freiheitliche Demokratie zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen:

- der Respektierung der Würde und Rechte aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religion,
- der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit im Rahmen der Verantwortung eines jeden Menschen für sich und die Allgemeinheit,
- des Eigentums an selbst erarbeiteten Gütern,
- einer freien, weder durch Monopole und Machtinteressen noch durch protektionistische Schranken verfälschten Marktwirtschaft,
- der Achtung vor der natürlichen Umwelt als einem Gemeinschaftsgut,
- der Verständigung zwischen Menschen und Völkern in einer weltoffenen Zivilgesellschaft,
- des Strebens nach innerem und äußerem Frieden.



Liebe Leserin und lieber Leser,

ähnlich wie die großen Krisen der 1920er und 1930er Jahre bringt auch die gegenwärtige Krise Bedenkliches hervor. In einem Artikel über die „Revolution der gebenden Hand“ stellte zum Beispiel der Philosoph Peter Sloterdijk die historische Tatsache der ursprünglichen und fortgesetzten Kapitalakkumulation und mit ihr die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen in Abrede. Und wortgewaltig prangerte er die „Staatskleptokratie“ an: der „semi-sozialistische“ Steuerstaat raube die „Produktiven“ zugunsten der „Unproduktiven“ aus. (FAZ vom 13. Juni 2009)

Mit dem generell problematischen Begriff „Unproduktive“ meinte Sloterdijk nicht etwa Bezieher von Vermögenseinkünften, sondern die aus der Arbeitswelt ausgegrenzten EmpfängerInnen staatlicher Sozialleistungen. Als „Transfermassennehmer“ verunglimpfte er sie in einem „Manifest der Leistungsträger“. (Cicero Nr. 11/2009, S. 94-107) Die „produktiven Transfermassengeber“ verortete Sloterdijk in der oberen Mittelschicht und in der Oberschicht, obwohl deren Beitrag zum Steueraufkommen und zur Finanzierung des Sozialstaats gering ist oder durch eine Flucht in Steueroasen ganz vermieden wird. Die Tatsache, dass der mittlerweile mit 1,69 Billionen Euro verschuldete Staat Jahr für Jahr aus Steuermitteln hohe Milliardenbeträge – 2009 waren es fast 70 Mrd. Euro – als Zinsen an seine Gläubiger umverteilt, stört Sloterdijk überhaupt nicht.

Wer die strukturelle Ungerechtigkeit der bestehenden Wirtschaft ignoriert und stattdessen die sich daraus ergebenden Folgeprobleme personalisiert, indem er wie Sloterdijk „Produktive“ und vermeintlich „Unproduktive“ gegeneinander ausspielt, vergiftet das gesellschaftliche Klima – ebenso wie diejenigen Politiker, die gegenwärtig Fälle von Missbrauch von Sozialleistungen verallgemeinern und dabei großzügig über die gigantische Konzentration von Geld- und Realvermögen in wenigen Händen hinwegsehen.

Dies ist umso unverantwortlicher, als die gegenwärtige Krise gemäß einer Studie „A Tale of

Two Depressions“ von Barry Eichengreen und Kenneth O'Rourke offenbar schwerer ist als die große Weltwirtschaftskrise ab 1929. Damals folgte der Krise ein Zivilisationsbruch von unvorstellbar grauenhaftem Ausmaß. Und heute? Nach dem ersten Erschrecken über das Ausmaß der jüngsten Krise sind Wissenschaft, Politik und Banken längst wieder zur gewohnten Tagesordnung übergegangen. Diesem grob fahrlässigen Handeln der Verantwortlichen trat Prof. Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, entgegen: „Ich traue dem Aufschwung nicht. Wir sind nur scheinbar zurück in unserer komfortablen Welt. Sie steht nicht auf stabilem Fundament. Der Vulkan bleibt ruhig, aber das Grollen unter der Erde geht weiter. Die Zeichen einer neuen Blase mehren sich.“ („Wie auf einem Vulkan“, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. Februar 2010)

Immerhin gibt es am Rande der Ökonomie und nicht mehr nur in ihren Unterwelten eine wissenschaftliche Diskussion über den Gedanken, dass die Wirtschaft ihrer Liquiditätsfalle durch „Negativzinsen“ entkommen könnte. Keine geringeren als die renommierten Ökonomen Willem Buiter und Gregory Mankiw haben dieser Diskussion Auftrieb gegeben. Ebenso erfreulich sind die Anzeichen einer Wiederentdeckung von Keynes' Bancor-Plan und die neue Diskussion über Commons bzw. Gemeingüter. Gleichwohl ist Realismus statt Euphorie angesagt. Das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen ist auch ein Hinweis darauf, dass der Weg zu grundlegenden Reformen im Bereich der Boden-/Ressourcen- und der Geldordnung noch weit sein dürfte. Auch sind bei weitem noch nicht alle damit verbundenen Details geklärt. Noch besteht ein großer Bedarf an Forschungen und kontroversen Diskussionen, zu denen wir mit dem vorliegenden Heft einige Denkanstöße geben möchten.

Werner Onken

Für mehr Gemeinschaftsgüter

„Es vergeht kaum eine Woche ohne einen größeren Bericht in den Medien über die drohende Zerstörung einer wertvollen Naturressource. ... Weder der Staat noch der Markt ist stets ein Garant für nachhaltige und produktive Nutzung der Naturressourcen. ... Die Annahme, ein externer Leviathan sei zur Vermeidung von Allmendetragödien notwendig, führt zu der Empfehlung, dass die Mehrzahl der Ressourcensysteme von Behörden eines Zentralstaats kontrolliert werden müssen. ‚Eiserne Regierungen‘, wenn nicht gar Militärregime seien notwendig, um die ökologischen Probleme unter Kontrolle zu bringen. ... Andere Politologen haben ... die Einführung privater Eigentumsrechte gefordert, wo immer sich Ressourcen im Kollektivbesitz befinden. ... Sowohl die Verfechter der Zentralisierung wie der Privatisierung setzen dogmatisch voraus, der institutionelle Wandel müsse von ‚außerhalb‘ kommen und den betroffenen Individuen oktroyiert werden. ... Ich plädiere für keine der beiden Positionen. ... Es gibt nicht eine einzige Lösung für ein einzelnes Problem, sondern es existieren viele Lösungen, die mit vielen verschiedenen Problemen fertig zu werden versuchen. ... Warum sind einige Versuche, Allmendenprobleme zu lösen, gescheitert, während andere erfolgreich waren? ... Viele erfolgreiche Allmende-Ressourcen-Institutionen sind vielfältige Mischformen aus markt- und staatsähnlichen Institutionen, die sich einer Klassifizierung in eine sterile Dichotomie entziehen. ... Ein Wettbewerbsmarkt ist selbst ein öffentliches Gut. ... Ohne zugrunde liegende öffentliche Institutionen, die ihn aufrechterhalten, kann kein Markt lange existieren. ... Eine wichtige Aufgabe, vor der Politologen stehen, ist die Entwicklung von Organisationstheorien, die auf einer realistischen Einschätzung der menschlichen Fähigkeiten und Grenzen im Umgang mit einer Reihe von Situationen basieren, die anfangs einige oder gar alle Merkmale einer Tragik der Allmende aufweisen. ... Die vorgestellten empirischen Studien resümieren wichtige Allmende-Ressourcen-Fallbeispiele, die mein Verständnis der Prozesse der Selbstorganisation und Selbstverwaltung vertieft haben. ... Alle Versuche, kollektives Handeln zu organisieren – sei es durch eine externe Behörde, einen Unternehmer oder eine Gruppe von Akteuren, die kollektive Vorteile realisieren wollen - , haben es mit einer Reihe gemeinsamer Probleme zu tun. Sie müssen mit dem Trittbrettfahren fertig werden, Probleme der Selbstverpflichtung lösen, neue Institutionen einführen und die Einhaltung ihres Regelsystems überwachen.“

Prof. Dr. Elinor Ostrom, Die Verfassung der Allmende – Jenseits von Staat und Markt, Tübingen 1999, S. 1, 11 – 12, 15, 18 – 19, 30 und 34 – 35.

Vgl. auch das Interview mit Elinor Ostrom „Wir dürfen uns nicht nur auf Klimaabkommen verlassen“ auf der Website <http://www.zeit.de/wirtschaft/2009-10/interview-ostrom>